

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement M. 1,75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Böde, Bad Homburg v. d. H.

Samstag-Post - Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die Schlagspaltbreite 43 mm breite
Zeile kostet 15 Pfennig, ansonsten 20 Pfennig, im Anzeigen-
blatt 32 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummern 10 Pfennig.

Telefon: 707. — Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26. — Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nr. 110.

Donnerstag, den 12. Mai 1927.

2. Jahrgang.

Neues vom Tage.

— Aus Berlin wird gemeldet, daß in allernächster Zeit die Kommission zusammengetreten werde, die sich mit der Bildung der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Fraktionen des Zentrums und der bayerischen Volkspartei befassen soll.

— Wie verlautet, hat die demokratische Reichstagsfraktion beschlossen, eine Interpellation zur beabsichtigten Portenerhöhung durch die Reichspost einzubringen, in der sich die Demokraten gegen die Erhöhung des Portos wenden.

— Laut „Vorwärts“ war der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schlicht von der K. P. D.-Zentrale aufgefordert worden, sein Mandat niederzulegen. Schlicht ist dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Von den ursprünglich gewählten 45 kommunistischen Reichstagsabgeordneten gehören jetzt nur noch 33 der kommunistischen Fraktion an.

— Der päpstliche Legat in Amerika, Erzbischof Bonini, veröffentlicht eine offizielle Erklärung, wonach der Vatikan der Präsidentschaftskandidatur des Gouverneurs von New York, Alfred Smith, wie überhaupt jeder anderen Kandidatur für die kommende Wahl durchaus fernstehe.

— Die „Morning Post“ meldet aus Schanghai, daß der Befehlshaber der kommunistischen (Pankau-) Armee Tschupette von der ersten nationalchinesischen (Dschang Kai schek) Armee geschlagen und nach Kantschang zurückgetrieben worden ist.

Der Streit der Finanzminister.

In den letzten Wochen hat sich ein Streit zwischen dem vorigen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und seinem Nachfolger Dr. Köhler abgespielt. Dr. Reinhold hat auf dem demokratischen Parteitag zu Hamburg sachliche und auch persönliche Angriffe gegen Dr. Köhler gerichtet und dieser hat in einem Interview von Zentrumsjournalisten die Angriffe abgewehrt und durch Gegenangriffe beantwortet. Es soll hier nicht untersucht werden, wer an diesen Erscheinungen die Schuld bezog, die Hauptsache trägt. Wenn sich Dr. Reinhold darauf beruft, sein Amtsnachfolger habe in seiner ersten Reichstagsrede sein Wort der Anerkennung und des Dankes für den Vorgänger gefunden, so konnte Dr. Köhler darauf verweisen, daß Dr. Reinhold auch gegenüber seinem Vorgänger, dem ehemaligen Reichsfinanzminister von Schlieffen, in seiner ersten Reichstagsrede nichts anderes als eine versteckte, aber recht deutliche Kritik geübt habe.

Interessanter für die Öffentlichkeit als diese persönlichen Auseinandersetzungen sind die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die in dieser Polemik der beiden Reichsfinanzminister zum Ausdruck kommen. Dr. Reinhold hat eine volle Reichskasse vorgefunden und die überschüssigen Mittel benutzt, um die schon lange als dringend erforderlich bezeichnete Steuerermäßigung durchzuführen. Er ist dadurch allerdings verleitet worden, die allgemeine Finanz- und Wirtschaftslage in Deutschland wesentlich günstiger anzusehen, als sie nach dem Urteil anderer Sachkenner wirklich gewesen ist. Aber auch das hätte hingehen können, wenn Dr. Reinhold nicht das Bedürfnis verspürt hätte, auch in Gesprächen mit Ausländern — u. a. mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen Rorker Wilbert — diesem Optimismus offen Ausdruck zu verleihen. Es war vielleicht die schärfste Kritik, die Dr. Köhler an der Politik seines Vorgängers übte, als er in seiner ersten großen Rede vor dem Reichstagsplenum die Deutschland auferlegte Reparationslast für unerträglich erklärte.

Der Punkt, über den die beiden Finanzminister am schärfsten aneinander geraten sind, war der der Erhöhung der Biersteuerüberweisung an Bayern, Württemberg und Baden um 45 Millionen Mark, um die sich demnach der Anteil des Reiches an dieser wichtigen Verbrauchssteuer vermindert. Dr. Reinhold hatte diese „Liebesgabe“ als ungerechtfertigt und als vermeidbar bezeichnet. Dr. Köhler hatte darauf erwidert, daß er höchstens als der Adoptivvater dieses Gesetzes anzusehen sei; er deutete gleichzeitig an, daß Dr. Reinhold der eigentliche Vater dieses Gesetzes sei. Dem hat nun wieder Dr. Reinhold auf das entschiedenste widersprochen. Sachlich wird die Erhöhung der Biersteuerüberweisungen vom Staatsgerichtshof behandelt werden, an den sich das Land Preußen zur Klärung der Frage gewandt hat, ob die Erhöhung der Überweisung als „verfassungsändernd“ anzusehen sei und daher eigentlich einer Zweidrittel-Mehrheit bedürftig hätte. Jedenfalls hätte das Reichsministerium kaum Aussicht gehabt, die Verlängerung des vorläufigen Finanzausgleichs um 2 Jahre durchzuführen, wenn sie nicht den Wünschen der Bayerischen Volkspartei in bezug auf die Biersteuer entgegengekommen wäre. Auch mit der Art, wie Reichsfinanzminister Dr. Köhler die noch von Dr. Reinhold herausgebrachte Reichsanleihe in Höhe von 500 Mill. Mark abgewandt hat, ist Dr. Reinhold nicht zufrieden. Er scheint der Politik des neuen Reichsfinanzministers die Schuld daran zuschreiben zu wollen, daß der Börsenkurs dieses ersten neuen Reichsanleihepapiers innerhalb weniger Wochen um mehrere Prozent gesunken ist. Dr. Köhler hat eine Erklärung der letzten deutschen Anleihe abgelehnt, um nicht Dinge sagen zu müssen, die auf das kapitalkräftige Ausland ungünstig einwirken könnten.

Die deutsche Räumungsforderung.

Ausweichende Antwort in Paris.

Ueber die Unterredung, die Vizepräsident Dr. Nieß mit dem französischen Außenminister Briand hatte, verbreiten die Pariser Blätter fast gleichlautende Nachrichten.

So schreibt der „Matin“, Außenminister Briand habe nicht verfehlt, Vizepräsident Dr. Nieß darauf hinzuweisen, daß es nicht von Frankreich allein abhängt, die dringenden Anregungen der Wilhelmstraße in Empfang zu nehmen. London und Brüssel hätten auch ihr Wort bei der Entscheidung zu sprechen, und man wisse, daß das Foreign Office in diesem Punkte mit Vorsicht und in opportunistischer Weise handeln wolle. Wenn Deutschland seine letzten Entwaffnungsverpflichtungen rückhaltlos und ohne schlechten Willen erfülle, dann sei es nicht zu bezweifeln, daß in einer mehr oder minder nahen Zukunft — vor allem, wenn das französische Kriegsministerium eine neue Verteilung der französischen Streitkräfte vorgenommen habe — die assoziierten Mächte den Antrag Stresemanns in Erwägung ziehen und prüfen würden. Aber für den Augenblick könnte von einer unverzüglichen, eiligen Entscheidung nicht die Rede sein.

Man wisse übrigens noch nicht, wie die alliierten Sachverständigen nach dem 15. Juni die Verstärkung der besetzten Werke an der deutschen Südgrenze feststellen würden. Das Berliner Kabinett lehne zwar eine gleichzeitige Unterfuchung der Militärattache nicht ab, es lasse sich aber doch nur schwer zu einer ernstlichen Untersuchung herbei. Die Erwägungen hätten den Gegenstand der dritten Unterredung zwischen dem Außenminister Briand und dem deutschen Vizepräsident Dr. Nieß abgegeben. Die radikale „Volonté“ glaubt zu wissen, daß die Wilhelmstraße nicht die Zahl der Verabreichung der Verabreichungsfälle, die sie erhoffe, präzisiert habe, daß sie aber klar zum Ausdruck gebracht habe, daß eine französische Flotte in dieser Richtung in Deutschland die Locarnopolitik stärken würde. Der Quai d'Orsay sei grundsätzlich nicht gegen den deutschen Antrag, aber er wolle natürlich das Gutachten des Generalstabes. Diese beiden Organismen pflegen jedoch erst nach langwierigen Diskussionen sich zu einigen. Berlin müsse daher schon Geduld haben. Seine Geduld würde übrigens nicht auf eine allzu lange Probe gestellt werden.

Bayerns Eigenstaatlichkeit.

Beibehaltung des Außenministeriums.

Der Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtags begann die Beratungen über den Etat für das Staatsministerium des Außen, zu dem ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Ministeriums vorlag.

Ministerpräsident Feld betonte grundsätzlich, daß das Ministerium des Außen gewissermaßen das Symbol der Eigenstaatlichkeit Bayerns sei, das aus staatspolitischen Gründen erhalten bleiben müsse. Zu der Beschränkung der Kommunisten über die Beschränkung der Redezeit erklärte Dr. Feld, die Kommunisten könnten verfassungsmäßige Rechte nicht in Anspruch nehmen, da sie den heutigen Staat gewaltsam stürzen wollten. Der Ministerpräsident kündigte weiter an, daß die Denkschrift der Staatsvereinskommission im August dem Landtag vorgelegt werden würde.

In der Aussprache erklärte der pfälzische Abg. Gollwitzer, wenn es nicht möglich sei, die Räumung der Pfalz in aller nächster Zeit durchzuführen, werde es Aufgabe des Ministeriums des Außen sein müssen, alles daran zu setzen, um auf diplomatischem Wege eine Erleichterung zu erzielen. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Ministeriums des Außen wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und eines Demokraten abgelehnt.

Um das Republikshutgesetz.

Ein Verlängerungsantrag des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich in ihrer letzten Fraktions Sitzung einmütig für die Verlängerung des Republikshutgesetzes auf zwei Jahre ausgesprochen.

Die anderen Fraktionen beschäftigten sich nach Beendigung der Vollziehung des Reichstages mit den ihrer Erledigung harrenden Fragen, namentlich mit der Verlängerung des Republikshutgesetzes. Die Sitzungen waren fast ausnahmslos nur von kurzer Dauer. Endgültige Beschlüsse wurden von den meisten Parteien nicht gefaßt.

Das Kabinett hat sich bereits mit dieser Frage beschäftigt; es hat aber gleichfalls noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Die Regierung will zunächst den Verlauf der Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern abwarten. An diesen Besprechungen werden außer dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Innenminister v. Reubell die Abg. Graf Westarp (Dnt.), v. Gneissard (Ztr.), Leicht (V. Vp.) und Dr. Scholz (D. Vp.) teilnehmen. In parlamentarischen Kreisen bezweifelt man trotz der im Augenblick bestehenden Gegensätze, namentlich zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum, nicht, daß es zu einer Einigung in der Frage des Republikshutgesetzes kommen wird.

Die Begründung des Zentrumsantrages.

Zu dem Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstages für Verlängerung des Republikshutgesetzes schreibt die „Zemania“ u. a.: Die Zentrumsfraktion ging bei ihrer Fassung von der Auffassung aus, daß auf das Gesetz zum Schutze der Republik zurzeit noch nicht verzichtet werden könne. Das haben gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit, wie beispielsweise die nationalsozialistischen Ausschreitungen, zur Genüge gezeigt. Das Zentrum steht weiter auf dem Standpunkt, daß der viel umstrittene § 23, der den Aufenthalt des Kaisers in Deutschland verbieten kann, ebenso aufrechterhalten werden muß wie die Bestimmung über den Staatsgerichtshof. Auf die Mitwirkung der Deutschnationalen kann deshalb nicht verzichtet werden, weil für die Verabschiedung dieses Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Die Deutschnationalen haben sich der Bildung der jetzigen Reichsregierung feierlichst zum Schutze der bestehenden Staatsform verpflichtet. Die Verlängerung dieses Gesetzes, das der Republik den nötigen Schutz gewährt, liegt aber ohne Zweifel im Sinne der damaligen Vereinbarungen.

Der Saatensland im Reich.

Das ungünstige Aprilwetter.

Der Witterungsverlauf im April brachte die für diesen Monat typischen Temperaturschwankungen. Häufige und starke Regenfälle verursachten in einzelnen Teilen des Reichs Überschwemmungen, besonders in den niederdeutschen Flachgebieten. Unter dem Einfluß des wenig günstigen Aprilwetters hat die Entwicklung der Wintergetreide nicht die erwarteten Fortschritte gemacht. Allgemein lautet die Beurteilung für Roggen geringer als für Weizen und Gerste. Die Bestellung mit Sommergetreide ist zumest beendet. Früh bestellte Saaten sind bereits gut aufgelaufen; ihr Stand wird im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet. Mit dem Auspflanzen der Kartoffeln und der Rübenfaat sind meistens begonnen. Einen guten Stand weisen die Futterpflanzen auf, so daß stellenweise bereits Grünfütter gewonnen werden konnte.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Bewertung: Winterweizen 2,5 (Vormonat 2,5), Winterpelz 2,4 (2,6), Winterroggen 2,9 (2,8), Wintergerste 2,7 (2,6), Klee 2,5, Luzerne 2,5, Verwässerungswiesen 2,4, andere Wiesen 2,7.

Unpflügungen sind in diesem Jahre — mit Ausnahme von Roggen — in geringerem Umfang als im Vorjahr notwendig geworden. Im Reichsdurchschnitt betragen diese vom Hundert der Anbauflächen bei Winterweizen 1,9 (Vorjahr 2,9), Winterpelz 0,8 (1,8), Winterroggen 2,9 (1,8), Wintergerste 0,6 (1,5), Klee 1,7 (5,8) Luzerne 2,7 (4,4).

Ein Jahrbuch der Sozialdemokratie.

Geringe Steigerung der Mitgliederzahl.

Die Sozialdemokratische Partei hat für ihren am 22. Mai in Kiel beginnenden Parteitag ein Jahrbuch herausgegeben, das auf mehr als 500 Seiten die Tätigkeit in den Organisationen und die Politik des vorigen Jahres darstellt. Die Mitgliederzahl stieg von 806 268 auf 823 520. Diese geringe Steigerung wird auf die Wirkungen der Wirtschaftskrise zurückgeführt. Eine Altersstatistik der Parteimitglieder ergibt, daß die Mehrzahl in den mittleren Lebensaltern steht, nämlich zwischen 31 und 55 Jahren. Einige Bezirke haben eine Statistik über die Berufsangehörigkeit der männlichen Mitglieder aufgenommen. Wenden man diese Statistik auf das ganze Reich an, so zeigt sich, daß fast 85 v. H. der Mitglieder Hand- oder Kopfarbeiter sind; 4,62 v. H. sind selbständige Gewerbetreibende, 2 v. H. gehören den freien Berufen an, 9 v. H. der Mitglieder haben keine Angaben über ihren Beruf gemacht. Die Sozialdemokratische Partei verfügt über 184 Tageszeitungen, 10 mehr als im Jahre vorher; davon werden 173 in eigenen Druckereien hergestellt. Die meisten Zeitungsverlage melden einen Zugang an Lesern. Auf 100 Einwohner kommen durchschnittlich 1,75 Bezirke sozialdemokratischer Zeitungen; der günstigste Bezirk zeigt 7,23, der schlechteste 0,16 sozialdemokratische Zeitungsleser auf 100 Einwohner. Der Haushalt der Partei machte im Jahre 1926 7,4 Millionen Mark aus. Für die Agitation zur Enteiernung der Fürstenvermögen wurden mehr als zwei Millionen Mark aufgewandt. Die Partei hat im Reichstag 131, in den Landesparlamenten 468 Abgeordnete. In 1122 Städten zählt sie 6773 Stadtverordnete und in 6069 Gemeinden 20 090 Gemeindevertreter. Es gibt weiter 708 sozialdemokratische Bürgermeister, 637 Gemeindevorsteher und 314 Stadträte.

Politische Tageschau.

Die Seeabrüstungskonferenz. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilt, wird der britische Delegation zur Dreimächtekonferenz für die Seeabrüstung, die am 20. Juni in Genf beginnen soll, außer dem Ersten Lord der Admiralität, Bridgeman, auch Lord Cecil angehören. Der Korrespondent schreibt, es bestärke sich, daß die Delegation auf der Konferenz Vorschläge machen werde, die mehr darauf abzielen, den Umfang der Schlachtschiffe und Kreuzer aus der Zahl zu vermindern.

→ **Rachspiel zum Plauener Prozeß.** Wie der „Jung-deutsche“ erzählt, hat Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Kunz, der Rechtsvertreter des Reichsaussenministers Stresemann im Plauener Prozeß, bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Unbekannt wegen Fälschung von gestohlenen oder durch Amtsbefugnisse erworbenen Akten beantragt und dem Justizminister davon Kenntnis gegeben. Es handelt sich dabei um Aktenläufe und -verläufe, die eine Rolle im Plauener Prozeß gespielt haben. Als vermutlich bei diesen Dingen beteiligt oder jedenfalls unterrichtet hat Rechtsanwalt Dr. Kunz die Herren Dr. Weiß, Oberregierungsrat Goebel, Kapitanleutnant a. D. Kautler, den Verleger Baumeister von der „Vergisch-Märkischen Zeitung“, den Major a. D. und Schriftsteller Stein (Kumpelsitzchen), sowie die Herren Kranz und Knoll benannt. Ferner ist beantragt worden, auch die Frage zu klären, woher die 5000 Mark und die übrigen Gelder sind, mit denen die Akten bezahlt wurden.

→ **Die Stärke der englischen Besatzungstruppen in Deutschland.** Der englische Kriegsminister Washington Evans teilte im Unterhaus mit, es ständen ungefähr 7200 Mann britischer Truppen in Deutschland. Es bestehe keine Wahrscheinlichkeit auf irgend eine beträchtliche Verminderung in der unmittelbaren Zukunft.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai.

Der Reichstag genehmigte zunächst in allen drei Lesungen debattenlos das internationale Übereinkommen über die Eichung der Wagenschiffe und ein Abkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Polen.

Bei der dann folgenden Genehmigung der Reichshaushaltsrechnung für 1924 wird eine Ausföhrungsbeschlüßung angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß in Zukunft Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben vermieden oder wenigstens in der Haushaltsrechnung eingehend begründet werden. Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den

Schutz der Jugend

Bei Zustimmungen. Nach der Regierungsvorlage kann für bestimmte öffentliche oder nichtöffentliche Lustbarkeiten, Schaulustbarkeiten und Darstellungen aller Art durch besondere Anordnung der Befugnis oder die Befugnis von Minderjährigen unter 18 Jahren verboten oder eingeschränkt werden, wenn eine Schädigung ihrer sittlichen, geistigen oder gesundheitlichen Entwicklung zu befürchten ist. Die Anordnung kann beschränkt werden auf Minderjährige, die das Ende des schulpflichtigen Alters nicht überschritten haben. In gleicher Weise kann die Befugnis von Minderjährigen unter 18 Jahren bei Lichtspielaufnahmen verboten werden.

Der Ausschuß für Jugendschutz hat die Regierungsvorlage dadurch verschärft, daß er die Kennbestimmung in eine Nutzungsbestimmung umgewandelt hat.

Vor Eintritt in die Beratung beantragen die Abg. Schred (Soz.) und Brodau (Dem.) die Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuß. Abg. Stöder (Komm.) beantragt Absehung von der Tagesordnung.

Abg. Seidenreich (Soz.) bekämpft die Vorlage. Unter dem Deckmantel des Jugendschutzes werde hier die Zensur über die Theater und alle öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen geplant. Das widerspreche mindestens dem Geist des Artikels 118 der Reichsverfassung. Nach dem Wortlaut der Vorlage könnte sogar die Beteiligung von Jugendlichen an Hochzeitsfesten und Geburtstagsfeiern verboten werden. Wegen dieser angeblich dem Schutz der Jugend dienende Vorlage hat sich auch der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände einschließlich der evangelischen Jugendvereine gewandt und verlangt, daß künstlerische und wissenschaftliche Veranstaltungen nicht unter das Gesetz fallen.

Abg. Frau Wurm (Soz.) beantragt mit Rücksicht auf die schwache Befugnis des Hauses nochmals Absehung der Vorlage von der Tagesordnung.

Gegen die Stimmen der wenigen anwesenden Mitglieder der Regierungsparteien wird nunmehr der Absehungsantrag unter großer Mehrheit angenommen.

Präsident Lohde eröffnet die zweite Sitzung und schlägt vor, die nächste Sitzung am Donnerstag abzuhalten und das Jugendschutzgesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Die Fortsetzung der zweiten Beratung des Jugendschutzgesetzes wurde darauf vertagt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 11. Mai.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Haushalts der Provinzial- und Gewerbeverwaltung mit der allgemeinen Besprechung an dem zweiten Etatsabschnitt „Gewerbliches Unter-richtswesen“ fort. Ausschussberichterstatter Dr. Pinnerell (D. Sp.) trägt die Wünsche des Ausschusses zu diesem Abschnitt vor, die in zahlreichen Anträgen niedergelegt sind. Darin wird u. a. gefordert: Bessere Befolgung der Gewerbe- und Handelslehre, Erhöhung der Zuschüsse für die Innungsschulen, Festsetzung des obligatorischen Berufsschulbesuchs für weibliche und männliche Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, Ausbau des kaufmännischen Fachschulwesens.

Abg. Thiele (Soz.) bedauert, daß die Städte den Berufsschullehrern keine besseren Aufstiegsmöglichkeiten geben wollten. Inzwischen habe die Berufsschule in Preußen eine viel größere Anerkennung gefunden, als dies noch im letzten Jahre der Fall war.

Frau Abg. Dr. Lauer (Ztr.) legt sich gleichfalls für rege Förderung des Berufsschulwesens ein. Zu warnen sei vor einer Verdrängung des Praktizierens bei der Ausbildung. Technisch am meisten rückständig sei aber der Privathaushalt. Daher sei eine hauswirtschaftliche Erziehung der heranwachsenden Jugend dringend geboten. In der Berufsschule dürfe auch der Religionsunterricht nicht fehlen. Ein neuntes Schuljahr könne besonders für die Mädchen von Vorteil sein.

Abg. Seidenreich (D. Sp.) weist darauf hin, daß im Hauptauschuss im März das Berufsschulgesetz nicht vorlag, obwohl es im Januar schon vom Staatsrat verabschiedet war.

Das Haus geht dann über zur ersten Beratung des Polizeibeamtengesetzes. Das Wort nahm zunächst

Innenminister Orsiniński:

Mit Bezug auf den Stahlhelmtag hob der Minister nochmals hervor, daß ein Verbot nicht in Frage kam. Nachdem die Stahlhelm-Demonstrationen beendet sind, kann ich mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß der Gang der Ereignisse mir recht gegeben hat. Auf Grund vielfach gemachter Erfahrungen hat es sich leider in Berlin, und nicht nur in Berlin, als notwendig erwiesen, daß Demonstrationen unter freiem Himmel polizeilich geschützt werden müssen, weil sonst Andersdenkende die Demonstrationen stören und Leben und Gesundheit der Demonstranten gefährden. Manifestierende Intoleranz gegenüber Andersdenkenden ist nicht nur auf das höchste zu beklagen, sondern auch für die Beteiligten äußerst blamabel. Es zeigt sich, daß ihnen noch der Sinn für den Geist der freiheitlichen Bestimmungen völlig fehle. Gerade auch wegen der Leistungen der verflochtenen Tage drängt es mich, den Berliner Polizei meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

lokales.

Gedenktafel für den 13. Mai.

1717 * Kaiserin Maria Theresia in Wien († 1780) — 1786 * Der Geschichtsforscher Friedrich Dahlmann in Wismar († 1860) — 1792 * Papst Pius IX. in Sinigaglia († 1878) — 1808 * Der Forschungsreisende Hermann v. Schlagintweit in München († 1882) — 1832 * Der franz. Naturforscher Baron Georges de Cuvier in Paris († 1769) — 1840 * Der Schriftsteller Alphonse Daudet in Nîmes († 1897) — 1871 * Der französische Komponist Daniel François Esprit Huby in Paris († 1782) — 1917 * Der englische Kolonialpolitiker Lord Alfred Milner in London (* 1834).

Eine Bitte an alle!

In den Frühjahrsmonaten sorgen alle gesiederten Gänge, sämtliche Wildarten, Haarwild sowohl wie Flugwild, für Nachkommenchaft. Im schützenden Gehölz baut der Singvogel sein Nest, in Alee, Frucht und Wiesen brütet das Feldhuhn, im Gestrüpp am Waldestrand der Fasan, in Feld und Wald bringt die Fäsin ihren hilflosen Satz zur Welt, im Walddunkel folgt das unbeholfene Neßtyl der Mutter.

Angst und Schrecken überall, wo der Jang eines revidierenden Hundes, die deutlichsten Zeichen der stromenden Rache erscheinen. Nur der in die Geheimnisse der Natur eingeweihte Naturfreund und der sein Revier sorgsam überwachende Jäger und Jagdschutzbeamte wissen, wieviel nützliche Vögel und wieviel Jungwild den anscheinend so harmlosen Hunden der Spaziergänger, der tagsüber behaglich schnurrenden Lieblingsfäse zum Opfer fallen.

„Das ist es auch. Du hast vielleicht in den Zeitungen den Dolch abgebildet gesehen, mit dem der Mord geschehen ist. Ich habe das Werkzeug selbst gesehen, ein ganz kleines Messer mit einem roten Griff, auf welchem allerlei Goldschnörkel gemalt sind und die Klinge dreieckig. Und das, was du in den Händen hältst, ist nichts anderes wie das Futteral, die Scheide, sagt man wohl, in welcher dieser Dolch gesteckt hat. Darauf möchte ich schwören. Wenn du es bei Licht sehen wirst, wirst du es auch glauben. Gerade die richtige Länge hat es und die inwendige Dornung ist auch dreieckig und außen hat es dieselbe rote Farbe und die gleichen goldenen Schnörkel.“

Willer hörte, wie Junk bei dieser wichtigen Entdeckung laut und aufgeregter atmete. Eine geraume Zeit verstrich, ehe der Detektiv sich soweit gefaßt hatte, daß er mit halbwegs ruhiger Stimme fragen konnte: „Und das Ding ist aus dem Brautkleid gefallen?“

„Aus dem Brautkleid nicht, sondern, wie ich das Kleid von Frau von Ehren herausnahm. Aber natürlich hat es im Brautkleid gesteckt, das oben auf lag, und schon im Koffer herausgefallen.“

Wieder eine Pause, dann tönte Junk's Stimme: „Es ist spät geworden für heute, Schatz. Also gute Nacht und auf Wiedersehen.“

Die beiden erhoben sich und verließen die Laube. Am Eingang blieb das Mädchen stehen. „Du, gib mir das Ding zurück, daß ich es wieder dorthin lege, wo es war.“

Junk lachte leise auf. „Wahrhaftig, das habe ich in meiner Hast vergessen in die Tasche gesteckt. Wo ist es nur? Hier nicht, und hier auch nicht. Ach was, ich behalte es bis morgen. Es soll mir ein Pfand sein, daß du morgen bestimmt wieder kommst. Also adieu.“

Und ohne dem Mädchen Zeit zum Widerspruch zu lassen, eilte er von dannen.

Willer blieb noch mehrere Minuten in seinem Versteck, ehe er sich hervorwagte und mit denselben Vorsichtsmaßregeln wie beim Herweg in sein Heim zurückkehrte.

Still lag das Meer da, und die Lampen des Leuchtturms warfen breite helle Streifen über die dunkle

Karo und Zell riskieren, während Herrchen in anregender Unterhaltung den Wald oder das Feld durchstreift, unbemerkt einen kleinen Abstecker und schon ist das Unglück fertig. Hier fährt ein Junghäschchen vor ihnen heraus, dort lockt die verführerische Witterung einer brütenden Henne oder eines anderen Vogels. Welche Hundeseele könnte solcher Lockung widerstehen! Oder Foz und Krummbain, der ewig unfolgsame Deckel, geraten hinter ein Neßtyl und laut oder stumm geht die Jagd dahin, bis dem Ritz der Feder aus dem Halse hängt und es weit von der Mutter entfernt erschöpft zusammenbricht. Dann lehren sie seelenruhig zu Herrchen zurück.

Der beliebte Einwand: Mein Karo folgt mir stets bei Fuß, mein Fozel jagt nie! ist nicht stichhaltig. Alle Hunde neigen zum Jagen, weil das ihre Natur ist, nur wenige ganz straff erzogene interessieren sich nicht mehr für die warme Wildspur, die ihren Weg kreuzt. Darum die Bitte an alle: Denkt an die Satz- und Brut- und Hegezeit in Feld und Wald und verbietet euch den Dank der gesamten Naturfreunde und Jäger durch die kleine Mühe, außerhalb der breiten, öffentlichen Verkehrswege die Hunde nur angeleint mit zum Spaziergang zu nehmen. Mit wildbernden Ragen wird der frühaufliehende Förster und Jäger schon eher fertig, aber an den Hunden, den treuen Begleitern und Dienern des Menschen, möchte er sich nicht gerne ohne äußerste Not vergeifen. Dabei helfst alle mit!

*

Wettervorhersage für Freitag, den 13. Mai: Etwas wärmer, meist heiter und trocken.

Ein neues Kursbuch der Reichsbahn. Am 15. Mai wird das neue Kursbuch der Reichsbahn erscheinen, das zum ersten Mal alle Angaben in 24-Stundenzeit enthalten wird. Dieser Umstand hat den vollständigen Neusatz des gesamten Kursbuches notwendig gemacht, was dazu benutzt worden ist, um eine ganze Reihe technischer Verbesserungen einzuführen. Neben diesem allgemeinen Kursbuch ist von der Reichsbahn auch ein Kursbuch, das die Bedürfnisse des Fernverkehrs besonders berücksichtigt, unter dem Titel „Amiliches Kursbuch für das mittlere Deutschland“ erschienen.

Zählung der Wohnungen in Preußen. Durch Reichsgesetz vom 2. März 1927 wurde für den 16. Mai 1927 eine Reichswohnungs- und Feststellung der Zahl der Wohnungszählungen angeordnet. Die erste wird, wie der Amiliche Preussische Pressedienst mitteilt, in Preußen in allen Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern, sofern es sich nicht um rein landwirtschaftliche Gemeinden handelt und in sämtlichen sogenannten Industrie- und Vorortgemeinden durchgeführt. Es kommen hierfür etwa 2500 Gemeinden in Frage. Die Feststellung der Wohnungszählungen erfolgt dagegen in jeder preussischen Gemeinde ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl. Die Reichswohnungs- und Feststellung soll insbesondere über das Zusammenleben mehrerer Haushaltungen und Familien in einer Wohnung eingehende Aufklärung bringen. Das ist nur möglich, wenn die Bevölkerung der Erhebungsgemeinden an dem Gelingen der Zählung durch sorgfältige Ausfüllung der Zählpapiere und freiwillige Uebernahme des Zählerauftrags mitwirkt.

Wochenbericht für die Zeit vom Donnerstag, den 4. 5. bis einschl. Mittwoch, den 11. 5. 27. 1. Arbeits-tage: a) am Schlusse des Stichtages waren noch verfügbar 1413 männl., 224 weibl., insgesamt 1637. b) Neumeldungen in der Zeit vom Donnerstag der Vorwoche bis zum Schlusse des Stichtages, 31 männl., 4 weibl., insgesamt 35. c) am Schlusse der Vorwoche waren verfügbar 1416 männl., 228 weibl., insgesamt 1644. 2. Offene Stellen: a) am Schlusse des Stichtages waren noch verfügbar 5 männl., 12 weibl., zusammen 17. b) Neumeldungen der Zeit vom Donnerstag der Vorwoche bis zum Schlusse des Stichtages 23, männl., 5 weibl., zusammen 28. c) am Schlusse der Vorwoche waren verfügbar 9 männl., 16 weibl., zusammen 25.

Öffentliche Versammlung. In der gestrigen Abend im Schützenhof einberufenen Versammlung des Mittelstandes sprachen die Herren Dr. Schulz und der Stadtdr. Dr. Rhode aus Frankfurt a. M. über die bedrängte Lage des gewerbetreibenden Bürgertums, welche durch die steuerliche Belastung geschaffen worden ist.

Unter fremdem Willen.

20] Detektivroman von Adolf Stark.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 60. 1922.

„Mein Gott, Gewisses weiß ich ja auch nicht, aber man kombinier! So.“ Sie rückte näher an ihn heran und flüsterte: „Ich will dir etwas verraten, aber du darfst es ja nicht weiterjagen, denn ich will mit dem Verichte nichts zu tun haben. Sage einmal, wenn hat wohl der Dolch gehört, mit welchem der Mord geschehen ist?“

„Nun, jedenfalls Champol, der ihn mitgebracht hat.“

„Nein, dem hat er nicht gehört, sondern Frau von Hartung.“

Junk packte vor Erregung das Mädchen beim Arm, daß sie aufschrie. „Woher weißt du das, beweise das.“

Erschrocken über das Ungeheim ihres Liebhabers, stammelte die Rose: „Ich weiß ja nicht, ich vermute es nur. Nämlich, als ich heute den Koffer auspackte, in welchem die Hochzeitskleider der Damen lagen, das von Frau Forbach und Frau von Ehren und das Brautkleid... es hat sich nämlich nach dem Morde niemand um die schönen Kleider gekümmert, und ich habe sie in einen Koffer gelegt und bei der schnellen Abreise ist der verpackte Koffer mitgenommen worden und Frau von Forbach hat mir heute den Koffer gegeben, die Kleider herauszunehmen, damit sie durch das lange Liegen nicht leiden, also, wie ich das Brautkleid herausgenommen habe und hinfänge und dann das darunterliegende Kleid der Frau von Ehren herausnehme, fällt etwas auf den Boden, das hier.“

Der Zauberer unter der Bank hätte viel gegeben, wenn er in diesem Moment einen Blick auf den Gegenstand hätte werfen können, von dem die Rose sprach. Aber er sollte nicht lange im Unklaren bleiben, um was es sich handelte.

„Was ist das?“ erklang Junk's Stimme. „Bei der Dunkelheit kann ich es nicht sehen. Es sieht sich an wie ein Futteral.“

Stut. Bewegungslos stand der Vollmond am Himmel und weit draußen auf hoher See leuchteten zwei Feuerpünktchen, die Laternen eines vorüberfahrenden Dampfers. Ruhe und Stille ringsum, nur in dem Kopf und in dem Herzen des jungen Mannes wühlte ein Sturm von Gedanken und Gefühlen. In dieser Nacht fand Willer selbst in Mutter Grotes welchem Bette keinen Schlaf, und als der Mond längst verblaßt war vor dem scheidenden Lichte der Sonne, lag er immer noch da und sann und sann.

VI.

Kurz nach sieben Uhr verließ Willer am kommenden Morgen das Haus und schritt den Strand hinab. Ein dichter feuchter Nebel war vom Meere aufgestiegen, lagerte über dem Lande und versperrte jede Aussicht. Beinahe wäre der in Gedanken Dahinschreitende von einem Wagen überfahren worden, der ihm vom Dorfe her entgegenkam. Durch eine raschen Sprung zur Seite wich er aus. Das Gefährt rasselte vorüber, und auf dem Hinterfusse des Korbwägelchens, das Fochen lenkte, erkannte er den fremden Gast aus der Dorfschenke mit seiner brandroten Perücke und der dunklen Brille. Der andere hatte den Fußgänger im Nebel gar nicht bemerkt.

„Da fährt er hin,“ dachte Willer im Weitergehen, „so rasch ihn die Beine des alten Gauls tragen können, und brennt darauf, seine Entdeckung an den Mann zu bringen. Wenige Stunden noch, und das Gefängnis wird seine Tore öffnen, um zu dem einen Opfer ein zweites zu verschlingen, ein junges, schönes Menschenkind, welches meiner Ueberzeugung nach ebensowenig Blut an seinen Fingern kleben hat als Champol. Aber die Verdachtsgründe gegen die beiden sind sehr schwerwiegend, das muß ich gestehen. Und die Wahrheit liegt noch im Nebel, wie das Dorf da drüben. Ich weiß, daß ich ganz nahe daran bin, daß ich es fast mit den Händen greifen kann, und doch, wenn ich zusehe, fassen meine Hände ins Leere.“

(Fortsetzung folgt.)

An zahlreichen Beispielen wurde dargestellt, welche ungerechte Politik von Seiten des Reichs- und Landtags, sowie der Kommunalbehörden gegen Handel und Gewerbe getrieben wird. Die Anwesenden wurden aufgefordert, in jedem Zusammenstoß als Mitglieder des Reichsbund der Deutschen Wirtschaftspartei gegen diese Übergriffe energisch Front zu machen.

Der Diskussionsredner Herr Büdel unterstrich die Ausführungen der Vortragenden und betonte, daß die Gewerbesteuer ungleichmäßig ist, ebenso die Umsatzsteuer. Die Konsumsteuer müßte genau so versteuert werden, wie die anderen Gewerbe, außerdem muß den Beamten verboten werden, daß sie außer ihrem Beruf noch einen Nebenberuf betreiben. Herr Evert verwahrte sich gegen Angriffe auf die Dem. Partei und unterstrich im Großen ganzen die Richtlinien der deutschen Wirtschaftspartei.

Geschäftsung vom 11. 5. 27. Vorsitzender Amtsger. Dr. A. Conhen, Inspektor J. Schneider als Anwaltschaft, Bürohilfsarbeiter Müller als Geschäftsreiber.

1. Ein hiesiger Arbeiter M. legte gegen einen Strafbefehl von 20.- Mark Berufung ein. Der Einspruch wurde verworfen, weil der Angeklagte nicht erschienen war.

2. Eine Ehefrau A. aus Gönzenhain legte ebenfalls gegen einen Strafbefehl von 3 Mark Berufung ein. Die Verhandlung wurde vertagt, da die Sache nicht genügend aufgeklärt ist und noch ein Zeuge geladen werden muß.

1. Ein Defektor von hier war wegen Beleidigung angeklagt, weil er dem städt. Bademeister von hier vorgeworfen hat, er hätte Kohlen aus der städt. Badeanstalt gestohlen, und sich außerdem an jungen Mädchen sittenlich vergangen. Urteil 100 Mark.— Geldstrafe.

Fahrplanänderung. Auf der Strecke Frankfurt Bad Homburg verkehrt der Personenzug 2029. bereits am 14. Mai nach seinem neuen Fahrplan und zwar Frankfurt ab 21.15 (9.15) Uhr.

Bad Homburg. Herr Willy Brückner und Fritz Ellinger Bad Homburg besaßen vor dem Prüfungsausschuß im Spengler- und Installationsgewerbe „die Meisterprüfung“.

Kurhaus Bad Homburg. Gestern Abend 8.15 Uhr fand im dichtbesetzten Konzertsaal ein Symphonie-Konzert statt, dessen Leitung in den bewährten Händen des Herrn Kapellmeisters Oscar Holger lag. Als Solistin wirkte Charlotte Hertel-Gilau (Klavier) mit. Es gelangten zum Vortrag Symphonie C-Dur (Tuplet) von W. A. Mozart, Klavier-Konzert von E. Grieg und Tannhäuser-Ouvertüre von Richard Wagner. Stürmischer Beifall war die Anerkennung der vorzüglichen Leistungen aller Mitwirkenden.

Krankenkasse Bad Homburg. In der am vergangenen Samstag abgehaltenen Ausschusssitzung wurde auch der Geschäftsbericht vorgelegt. Die Gesamteinnahmen des Berichtsjahres 1926 betrugen Mark 656 461,30.—, die Ausgaben insgesamt Mk. 643 213,67. Der Vermögensausweis weist einen Ueberschuß der Mittel von Mk. 253 684,78.— nach. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 8176 (4237) männliche und 3939 weibliche.

Seedammbad. Die Seedammbad-Anlage steht ihrer Vollendung entgegen und wird die baldige Eröffnung von allen Einwohnern Bad Homburgs freudig begrüßt. Am Freitag, den 13. Mai abends 8 Uhr, findet eine Besichtigung derselben durch den Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung und der Baudeputation statt.

Feldberg. Wie wir in Erfahrung bringen, hat die Gemein e Niederreisberg als Besitzerin der beiden Feldberggasthäuser „Waldsee“ und „Sturm“ infolge großer Vernachlässigung von dem jetzigen Pächter Karl August Sahn, die Rückgabe der beiden Häuser gefordert.

Universität Frankfurt a. M. Am vergangenen Samstag wurden zwei Ehreninseln, zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Angehörigen der alten Universität Strahburg eingeweiht. In der Ehrenhalle, dort wo auch die Gedenktafel für die Frankfurter Studenten angebracht ist, fand die eindrucksvolle, von akademischen Kreisen und Gästen der Stadt und Regierung stark besuchte Feier statt. 290 Strahburger Universitätsangehörige starben im Weltkrieg den Heldentod.

Δ Oberursel. (Tagung des Provinzial-Gastwirtsverbandes für Hessen-Raffau und Waldeck.) Hier begann die Hauptversammlung des 7. Verbandstages des Provinzial-Gastwirtsverbandes für Hessen-Raffau und Waldeck. Im Auftrag des Oberpräsidenten von Kassel und des Regierungspräsidenten in Wiesbaden sprach Landrat Erker und im Namen der Stadt Oberursel Bürgermeister Horn. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Präsidenten des Deutschen Gastwirtsverbandes Köster-Berlin über „Das deutsche Gastwirtsgeerbe im Rahmen der Gesamtwirtschaft — ein Rückblick und ein Ausblick.“ Er wies auf die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Gastwirtsgeerbes hin, das in Deutschland im Rahmen seiner heutigen Grenzen vor dem Kriege 297 000 Betriebe zählte gegen 255 000 im Jahre 1925; 42 000 Betriebe sind also infolge der schlechten Wirtschaftslage eingegangen. Der Deutsche Gastwirtsverband zählt 60 000 Mitglieder mit 1 1/2 Millionen Arbeitnehmern. Dann unterzog der Redner die steuerliche Belastung des Gastwirtsgeerbes einer Betrachtung, wobei er betonte, daß der steuerliche Verwaltungs-förpser große Summen verschlinge und daß hier seitens der Gemeinden und Länder abgebaut werden müßte. Die Getränkesteuer werde wahrscheinlich nach Erledigung des Finanzausgleichs wiedererheben. Die Hauszinssteuer belaste besonders das Beherbergungs- und Saalgewerbe, ebenso das Saisongeschäft. Das Schankstättengesetz wird in Wäldern die Gastwirtskreise beschäftigen. Verlangt wird u. a. eine Erweiterung der Konzessionspflicht auch auf den Handel mit Bier und Wein in Flaschen und auf die Speisewirtschaften. Die Polizeistunde sei eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, die Gastwirte fordern gänzliche Beseitigung des Polizeistandes.

Aus aller Welt.

Eröffnung des elektrischen Eisenbahnbetriebes München—Regensburg. Die Reichsbahndirektion hatte zu einer offiziellen Eröffnungsfahrt im elektrischen Zuge von München nach Regensburg eingeladen, nachdem nunmehr die Elektrifizierung der Bahnstrecke Neufahrn (Niederbayern) bis Regensburg fertiggestellt worden ist und damit die Einführung des elektrischen Betriebes auf der Bahnstrecke München—Regensburg ihren Abschluß gefunden hat. In Regensburg begrüßte der Präsident der Reichsbahndirektion Regensburg die eingeladenen Gäste, worauf Staatssekretär Guldner vom Reichsverkehrsministerium namens des Reichsverkehrsministeriums der Reichsbahngesellschaft seine Glückwünsche für das Gelingen des Werkes aussprach, zu dem mit dem heutigen Tage der Schlusstein gelegt worden sei durch Einführung des elektrischen Betriebes auf dieser so bedeutsamen Strecke. Er hoffe, daß die Elektrifizierung nicht an der Donau haltmachen werde, sondern über Regensburg bis zur Reichshauptstadt durchgeführt werden würde.

Drei Opfer eigener Unvorsichtigkeit. In einer Schmelze in Toggendorf benutzten drei junge Männer, die ein von dem Manövern herrührendes Stück einer Granate ausbrechen wollten, einen Schweißapparat. Dabei explodierte die Granate. Die drei jungen Männer wurden scharflich verbrannt und waren sofort tot. Der Schmelzraum wurde durch die Explosion fast völlig zerstört.

Beim Rudern ertrunken. Auf der Weike ereignete sich ein Bootsunglück, dem ein in einem hiesigen Hotel in Zielung befindliches Hausmädchen und ihr Bräutigam zum Opfer fielen. Die beiden hatten eine Bootsfahrt unternommen und hierbei scheint das Boot umgeschlagen zu sein. Die beiden Jungsamen gingen unter und konnten erst nach längerem Suchen als Leichen geborgen werden.

Auf dem Gefangenentransport gestrichelt. Der durch seine vielen Kriminalaffären bekanntgewordene Leutnant a. D. Krull sollte aus der Strafanstalt Tegel, wo er gegenwärtig eine Strafe verbüßt, nach Moabit übergeführt werden, da er sich wegen einer weiteren Anklage zu verantworten hat. Während der Transportwagen am Amtsgericht Weihenstephan Station machte, ist Krull entwichen und hat seinen Verteidiger in Moabit aufgesucht. Als Grund für seine Flucht gab er an, daß ihm bei seinem letzten Prozeß unrecht geschehen sei und daß er zunächst das Ergebnis der von seinem Verteidiger beim Justizminister erhobenen Vorstellungen abwarten wolle. Er ist bestrebt, bis zur Erledigung seiner Beschwerde Strafschub zu erlangen und will sich alsdann wieder freiwillig stellen. Gegen Krull schwebt auch ein Ermittlungsverfahren in der Affenbeseitigungsangelegenheit des Bankiers Ruhnert.

Fiskus Busch verklagt den Polizeipräsidenten. Wie verlautet, hat die Direktion des Fiskus Busch eine Schadenersatzklage gegen den preussischen Fiskus, vertreten durch den Polizeipräsidenten, angestrengt, weil das Unternehmen sich durch die Absperungsmassnahmen am Sonntag aus Anlaß des Stahlhelmtages schwer geschädigt fühle.

Schneefall im Riesengebirge. Besonders energisch treten die Eiseitigen im Riesengebirge auf. So schneite es im Hochgebirge bei 5 Grad Kälte. Im Tal sind 2 bis 3 Grad Wärme. Es setzte hier ebenfalls leichter Schneefall ein.

Ein vielfacher Raubmörder verhaftet. Der Landjäger-Abteilung Wiskalen gelang es, wie eine Korrespondenz berichtet, einen seit mehr als acht Jahren wegen vieler Raubmorde gesuchten Jäger Herzberg nach schwerem Feuergefecht in einem einsamen Hause bei Braugruppen unschädlich zu machen. Herzberg, der in das Gefängnis Gumbinnen eingeliefert wurde und schon einmal wegen Tötung eines Landjägers zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war, die er in Sonnenburg verbüßte, wurde wegen seiner Raubmorde von zahlreichen Kriminalverwaltungen Deutschlands fleißig gesucht.

Seemannslos. Nach Meldungen aus Kolberg ist das mit Weizen von Hamburg nach Rügenwalde bestimmte Segelschiff „Verra“ mit der gesamten Besatzung untergegangen. Kolberger Fischer bargen die Leiche des Kapitäns Nagel aus Krautland im Danowischen Kreis Rethdingen, der die Schiffspapiere der „Verra“ bei sich trug.

Geheimrat Kempner gestorben. Der Vorsitzende des Reichshilfsrats, Geheimrat Justizrat Maximilian Kempner, ist in Amsterdam einem Herzschlag erlegen.

Grausame Eltern. In der Nähe von Triest hat ein Ehepaar seit zwei Jahren seinen geistig unnormalen Sohn von 25 Jahren im Stalle gefangen gehalten. Der junge Mann wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Eltern wurden verhaftet.

Die Tagung der deutschen Städte.

Die Auseinandersetzung mit der Stadt Berlin.

Die zur Zeit in Koblenz tagenden Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtetages faßten folgende Entscheidung:

„Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages nehmen vom dem Schreiben des Oberbürgermeisters von Berlin vom 3. Mai, daß er an den Sitzungen der Vorstände in Koblenz nicht teilnehmen, Kenntnis. Die Vorstände beider Städtetage haben es sich zur Aufgabe gestellt, bei auseinandergehenden Interessen der Mitglieder, sofern einheitliche Stellung notwendig ist, einen billigen Ausgleich herbeizuführen. Auf die berechtigten Interessen der Stadt Berlin haben die Vorstände dabei jederzeit alle Rücksicht genommen. Insbesondere hat sich von diesem Gesichtspunkt auch der Vorstand des Preussischen Städtetages anlässlich der letzten Verhandlungen über den vorläufigen Finanzausgleich leiten lassen. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich mit der Angelegenheit überhaupt nicht befaßt. Dem Beschluß des Finanzausschusses des Preussischen Städtetages, den Steuervertreter aus einem Einheitsrat von 22 Pfg. festzusetzen, hat der Berliner Stadtkämmerer zugestimmt. Demgegenüber hat der Vorstand des Preussischen Städtetages den Einheitsrat auf 23 Pfg. erhöht. Dieser Satz wurde unter dem Vorbehalt und mit dem Einverständnis des Oberbürgermeisters von Berlin angenommen. Der Vorstandsbeschluß bedeutete seitens fast aller Mitgliedsstädte ein finanzielles Entgegenkommen gegenüber Berlin. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß der Beschluß der Stadtverordneten von Berlin, wie er in der Presse veröffentlicht worden ist, von irrigen Voraussetzungen ausgeht.“

Die Vorstände halten es für untragbar, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Städtetag und seinem Vorsitzenden in der Öffentlichkeit in einer Weise ausgetragen werden, die die gesamten Interessen aller Städte schädigen muß. Sie bedauern das Fehlen von Oberbürgermeister Böß in der von ihm selbst mit einberufenen Sitzung, die Gelegenheit zur Aussprache mit ihm und zu einer Verständigung hätte geben können.

Die Gesamtlage der deutschen Städte erfordert ein geschlossenes Zusammenhalten. Darum hält es der Städtetag nach wie vor für seine Pflicht, Einzelinteressen aller seiner Mitglieder den höheren Interessen der Gesamtheit opfern zu lassen.“

Berlin neuer Vorschlag.

Wie die „Post. Ztg.“ hört, ist man im Berliner Magistrat mit dem Beschluß der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, der den Ausschluß aus dem Preussischen und Deutschen Städtetag empfiehlt, grundsätzlich einverstanden. Das Blatt rechnet aber damit, daß der Magistrat noch einen letzten Versuch machen wird, die einheitliche Front des preussischen und deutschen Städte aufrechtzuerhalten. Der Magistrat dürfte dem Städtetag den Vorschlag unterbreiten, daß ein vom Vorstand des Städtetages ernannter Ausschuss gemeinsam mit Mitgliedern des Magistrats und der Berliner Stadtverordnetenversammlung darüber berät, wie das an Berlin beim Finanzausgleich begangene Unrecht beseitigt oder wenigstens gemildert werden kann. Erst wenn dieser letzte Versuch scheitern sollte, würde nur die Austrittserklärung übrig bleiben.

Die Sturmflutkatastrophe in Nordamerika.

Die durch die Wirbelsturmflutkatastrophe im mittleren Westen und Südwesten verursachten Verluste an Menschenleben und Material drohen durch ihre Schrecklichkeit die ernste Lage am unteren Mississippi noch in den Schatten zu stellen.

Nach den einlaufenden Berichten erhöhte sich die Zahl der Toten, die bisher über 150, und die der Verletzten, die bisher über 1000 betrug, fortgesetzt. Der Wirbelsturm war völlig unerwartet gekommen. Große Gebäude wurden wie Papier zerklüftet und Bäume entwurzelt und in die Luft geschleudert. Furchtbare Szenen ereigneten sich in Poplar Bluff. Die Verletzten und Obdachlosen frohen durch die Trümmer.

Eine Schule stürzte ein

und begrub eine Anzahl von Kindern, von denen einige getötet und andere furchtbar verletzt wurden. Das rote Kreuz trifft Vorkehrungen, um den Obdachlosen Nahrung und Wohnung zu bieten.

Geschäftliches.

Verurteilung eines Chauffeurs wegen fahrlässiger Tötung. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Kraftwagenführer Sarnowski, der in der Silberstraße in angeregtem Zustand einen Zusammenstoß mit einem anderen Auto herbeiführte, wobei ein Insasse seines Autos getötet wurde, zu acht Monaten Gefängnis. Das Gericht billigte ihm aber nach Verbüßung der Hälfte der Strafe dreijährige Bewährungsfrist zu.

Letzte Nachrichten.

Veranlassung der Kohlenpreise.

Essen, 11. Mai. In der Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenverbands erstattete der Ausschuss Bericht über seine Arbeiten. Die Sondervereinbarung für Hüttenzechen fällt ab 1. Juni weg. Die Eisenbahn der Kohlenbelegung um 40 Prozent, der Kohlenbelegung um 60 Prozent und der Brillebelegung um 60 Prozent wurde bestätigt. Wegen der durch die Lohnerhöhung und die Arbeitszeitbestimmungen eingetragenen Belastung wurde eine Preiserhöhung von 7 1/2 Prozent für Kohle ab 1. Juni dieses Jahres beschlossen. Die Kohle- und Brillepreise bleiben unverändert.

Portoerhöhung schon zum 1. Juli?

Berlin, 11. Mai. Die Vorlage für die neuen Postgebühren, an der in den letzten Wochen gearbeitet wurde, ist, wie ein Berliner Blatt zu melden weiß, so weit fertiggestellt, daß sie Anfang nächster Woche dem Verwaltungsrat der Reichspost vorgelegt werden kann. Dort wird sofort ein Arbeitsausschuss mit der Prüfung beauftragt und in den ersten Tagen des Juni die Vorlage verabschiedet werden. Es ist daher mit einer Erhöhung zu rechnen, daß zumindest die neuen Briefgebühren bereits ab 1. Juli in Kraft treten. Als einschneidende Neuerung ist bekanntlich die Erhöhung des Inlandbriefpostos von 10 auf 15 Pfennig vorgesehen.

Von der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 11. Mai. Der ehemalige ungarische Staatssekretär Santos unterbreitete der Wirtschaftskonferenz namens der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung eine Denkschrift über die Beseitigung der Wirtschaftsschwierigkeiten Mitteleuropas, insbesondere Österreichs, durch die Schaffung von Abkommen zur Annäherung der direkt interessierten Staaten. Diese Abkommen sollen sich insbesondere auf die Handelspolitik, Verkehrspolitik, Währungs- und Produktionspolitik erstrecken. Der Kampf um die Zolltarife und Handelsverträge, der gegenwärtig in der Zweiten Unterkommision der Handelskommission geführt wird, steht zur Zeit im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Von allen Seiten richten sich Angriffe gegen die hohen Zolltarife und die Zolltarifpolitik einzelner Länder, die neue Zolltarifvorstellungen vorbereiten.

Weißer Zähne

Chlorodont-Zahnpasta erzielen Sie einen wundervollen Glanzbelag der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit geschärften Borstenspitzen. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden restlos damit beseitigt. Verleihen Sie sich zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg. (Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pfg., für Damen Mt. 1.25 (weiße Borsten), für Herren Mt. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

Rundfunk.

Freitag, 13. Mai. 12.00: Nachrichten und Wetterdienst. 1.00—2.00: Neue Schallplatten. 4.05: Nachrichten. 4.30—5.45: Hausfrauen-Nachmittag des Hausfrauenvereins E. B. Studienrat. Wagner. 5.45—6.05: Die Leselinde. 6.15—6.45: Stunde des Südwestdeutschen Radioklubs. 7.15—7.45: Prof. Dr. F. Schulz: „Thomas Mann“. 7.45—8.05: Zwanzig Minuten Fortschritte in Wissenschaft und Technik. 8.05: Film-Wochenschau. Anschl. Wetterdienst. 8.15—12.00: Uebertragung von Kassel.

Handelsteil.

Berlin, 11. Mai.

— **Devisenmarkt.** Der Dollar verzeichnete heute einen leichten Rückgang.

— **Effektenmarkt.** Die Tendenz war heute freundlich, die Kursgewinne zum Teil nicht unbedeutend. Am Rentenmarkt keine erheblichen Veränderungen.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen märk. —, Roggen märk. 22.20—27.20, Futtergerste 22.60—23.60, Sommergerste 24—26, Mais 19.20—19.50, Weizenmehl 37.50 bis 39.50, Roggenmehl 36.40—38, Weizenkleie 15.75, Roggenkleie 17.50 bis 17.75, Vorratgerste 42—44, kleine Speiserbse 27—30.

Frankfurt a. M., 11. Mai.

— **Devisenmarkt.** Markland war leicht erhöht, Paris lag be-
hauptet.

— **Effektenmarkt.** Die Börse verkehrte heute wieder in fester Haltung.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 30.75, Roggen 28.75, Hafer inf. 24.50—25, Mais gelb 19, Weizenmehl 41—41.50, Roggenmehl 38.50—39.50, Weizenkleie 14, Roggenkleie 15.25—15.50.

Volkswirtschaft.

Das Wachstum der deutschen Großstädte.

Frankfurt a. M., die südwestdeutsche Zentrale, inmitten des Rhein-Mainischen Städtekreises, hatte nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 eine Bevölkerung von rund 468 000 Einwohnern bei 135 qkm Gesamtfläche aufzuweisen. Hinsichtlich der Bevölkerungszahl 1925 stand Frankfurt an neunter Stelle und an Flächeninhalt an vierter Stelle. Ueberflügelt wurde es noch von:

Stadt	Einwohner	qkm
Hamburg	1 080 000	136
Köln	700 000	251
München	681 000	126
Leipzig	680 000	115
Dresden	620 000	109
Breslau	557 000	49
Essen	471 000	98
Frankfurt a. M.	468 000	135

Anfang 1927 zählte Frankfurt bereits 473 000 Einwohner bei gleicher Fläche. Nach Durchführung der bevorstehenden Eingemeindungen: Hechenheim, Schwabenheim, Söffenheim, Griesheim und Nied mit zusammen 45 qkm Fläche und rund 40 000 Einwohnern tritt Frankfurt mit zusammen 180 qkm Fläche an dritte Stelle hinter Köln und mit zusammen 513 000 Einwohnern an achte Stelle hinter Breslau. In Wirklichkeit hat jedoch das Groß-Frankfurter Stadtbild im Umkreis von etwa 10—12 km, das heute noch durch die preußisch-hessischen Landesgrenzen durchschnitten wird, mit seiner nächsten Bevölkerungsumgebung eine Gesamtfläche von etwa 450 qkm bei rund 710 000 Einwohnern aufzuweisen.

Der Saatensland in Preußen Anfang Mai 1927.

Nach der Statistischen Korrespondenz wird der Saatensland in Preußen Anfang Mai, wenn 2 „gut“ und 3 „mittel“ bedeutet, wie folgt begutachtet: Weizen 2,6, Roggen 2,9, Gerste 2,7, Gemenge aus vorstehenden Getreidearten 2,8, Raps und Rüben 2,8, Klee 2,6, Luzerne 2,6, Rieselweizen 2,7 und andere Weizen 2,9. Hierzu wird bemerkt, daß bei den starken und anhaltenden Regenfällen im Stromgebiet der Elbe und Oder Ueberschwemmungen erheblicher Strecken landwirtschaftlich benutzten Landes bewirkten. Der Saatensland ist gegenüber April in einigen wesentlichen Punkten verschlechtert, wenn auch der allgemeine Eindruck noch als befriedigend bezeichnet werden muß. Gegenüber dem Vorjahre ist der diesjährige Saatensland immer noch als recht günstig zu bezeichnen und hält sogar im wesentlichen, wenn auch gerade mit Ausnahme des Roggens, einen Vergleich mit 1913 aus.

Verrechnung des Stromwasserpreises

für den Bezirk Niedersachsen-Rassel, deren Tempo begreiflicherweise von der Finanzlage des Reiches abhängt. Die Wasserbeschaffung für dieses Stück des Mittellandkanals hängt aufs engste mit der Kanalisierung der Weser von Minden bis Bremen zusammen. Die hierfür erforderlichen Mittel seien leider in diesem Jahr aus dem Haushalt seines Ministeriums gestrichen worden, aber er halte an dem Gedanken der Weser-Kanalisierung schon deshalb fest, weil es gelte, diesen deutschen Strom nicht hinter den anderen Strömen zurückstehen zu lassen. Auf die Eisenbahnfragen ging der Minister nicht ein, betonte aber den großen Wert, den er auf eine sachgemäße Zusammenarbeit aller Verkehrs-mittel, vor allem auf die Beachtung volkswirtschaftlicher Grundsätze bei der

Tarifpolitik der Reichsbahn

legen müsse. Ferner möchte er die starke Gebundenheit der Eisenbahn auch in diesem Kreise an ihre Tarifgestaltung nicht unerwähnt lassen. Die Talweg-Last der Eisenbahn sei ein sehr bedauerliches Moment, das leider viel zu wenig beachtet werde. Die Senkung der allgemeinen Tarife sei an sich eine wirtschaftliche Notwendigkeit und als solche von ihm auch wiederholt beim Generaldirektor angeregt worden. Auch dieser erkenne sie an sich an, aber die noch jährlich steigenden Reparationskosten erlaubten keine Senkung der Einnahmen.

Rundfunk-Nachrichten.

Ein neues System für Radiotelephonie.

Der Professor für Physik an der Universität Bologna, Majorana, hat der Akademie De Vincis mitgeteilt, er habe ein System der Radiotelephonie erfunden, bei dem unsichtbare ultraviolette Strahlen zur Anwendung gelangen. Bei Versuchen zwischen Bologna und einem 16 km entfernten Orte seien die Stimmen der Sprecher sehr deutlich zu vernehmen gewesen und das Geheimnis vollkommen gewahrt worden.

Bekanntmachung.

Auf die im Aushängekasten der Bürgermeisterei angehängene Bekanntmachung betr.: Leistungen in der Invalidenversicherung, mache ich besonders aufmerksam.
Oberstedten, den 11. Mai 1927.

2044 Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Sams-tag, den 14. Mai nachmittags 5.30 Uhr findet eine Besichtigung der freiwilligen und Pflichtfeuerwehr durch den Kreisbrandmeister statt. Von der Pflichtfeuerwehr haben diejenigen männlichen Personen, die in den Jahren 1903 und 1904 geboren sind, zu erscheinen. Wer nicht antritt wird bestraft.
Oberstedten, den 11. Mai 1927.

2045 Die Polizeiverwaltung.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Unabhängige Organisation, Ortsgruppe Bad Homburg.

Am Freitag, den 13. Mai abends 8 Uhr findet im „Einhorn“ Schulstraße 6 eine

Versammlung

statt, wozu wir alle Kriegs- und Arbeitsopfer einladen. Besonders ist es Pflicht unserer Mitglieder, zu erscheinen.

Der Vorstand
i. V.: Karl Becker.
2072)

Die Privatwache

wacht über alles!

Anmeldungen erbeten an

Ph. Wilhelm, Dorotheenstraße 14

Telefon Nr. 729

2073

Empfehle mein großes Lager von
erstklassigen Schuwaren
wie 683

Modelfachen für

Damen, Herren, Frauen und Kinder in
Stiefel-, Halb-, Zug- und Spangenschuhen zu billigsten Preisen.
Ferner gute Auswahl in allen Kinderschuhen und Gamaschen.

Gleichzeitig weise ich auf meine gut eingerichtete
Reparaturwerkstatt hin und empfehle mich in
prompter und reeller Bedienung

August Vehr, Schuhmacher
Röppern i. Z.
Zaunstraße 5a

Alfchlag!

1a gekochter Schinken 1/4 65 Pfg.
Feinster gar, reiner Bienenhonig 1 Pfd. Glas 1.45

1a Leberwurst 1/4 — 20 Pfg.

1a Blutwurst 1/4 — 23 Pfg.

Feinste Oelfardinen Dose 48 und 65 Pfg.

Täglich frische Vollmilch 1/2 25 Pfg.

Stebkäse Pfd. 40 Pfg.

(2075)

Peter Soller, Luisenstraße 2

Selbstmord



Verlangen Sie kostenlos und
unverbindlich Prospekte oder
Vertreterbesuch. Geschäftsstelle
Bad Homburg v. d. A.
Elisabethenstr. 28 2077

begehe ich, wenn
ich mich in gesun-
den Tagen nicht
gegen hohe Arzt-
u. Krankenhaus-
kosten etc. bei der

Allgem.
Aranken-Vers.
A.-G., Köln
a. Rh. versichere.
30 Erholungs-
heime stehen un-
seren Mitgliedern
zur Verfügung.
Mitglieder ander-
er Klassen werden
ohne Wartez-
zeit ausgenom.

Fisch von der See

Salzlau ohne Kopf
per Pfd. 30 Pfg.
Bratfisch
per Pfd. 35 Pfg.
Seelachs im Anschnitt
per Pfd. 45 Pfg.
Cabliau im Anschnitt
per Pfd. 50 Pfg.
Schellfische im Anschnitt
per Pfd. 70 Pfg.
Heute und morgen
frisch gebackene
Fische
per Pfd. 60 Pfg.
W. Paulenschläger
Telefon 414 (2074)

Trog der Hitze

stets lebend frische
Seefische
Marinaden
Räucherwaren
auf Eis

Wilh. Held

Markthausen (2076)
Telefon 58

Böllinger
Würstwaren
Schaper
Wallstraße 7.



Bevor Sie Ihren Bedarf in
4 ed. sowie Grepplatter in verz. Drahtgeflecht,
Nadlgeflecht, Pflichtengeflecht, u. kompl. Geflech-
tigung mit Zor u. für eindecken, bitte ich meine
billigen Preise einzufordern. (2038)

Rudolf Hett
Drahtflechterei und Eisenhandlung
Bad Homburg-Altdorf, Bachstr. 13, Tel. 512

Zur Mund- und Zahnpflege.

Zahncreme, Mundwasser, Zahnbürsten und
Mundspühlgläser in großer Auswahl
H. Weil,
Friseur und Parfümerie
Saingasse 16.
2073)

Druckfachen

jeglicher Art liefern
„Die Homburger Neuesten Nachrichten“
Bad Homburg
Luisenstraße 26

Ia. Oel

seine reinschmeckende Qualitäten

Salatöl	ltr. Mh. —.98
Tafelöl	„ „ 1.20
Tafelöl extra	„ „ 1.50
Ia. Weinessig loose ltr. 40 Pfg.	Speise-Essig ltr. 16 Pfg.

Für Erfrischungsgetränke

Limbeersirup Gl. 1.80, 1.40, 1.10, —.70
Citronensaft „ —.90, —.55

Ia. Zitronen 3 Stück 20 Pfg.

Apfelwein lose ohne Glas 15 Pfg.	ltr. 50 Pfg.
Blibeler Wasser ohne Glas 15 Pfg.	Kronaler Wasser ohne Glas 25 Pfg.

(2071) ferner empfehlen:

Bimburger Slangenkäse in ganzen Slangen	per Pfd. 0.48
Edamer 20%	0.76
Schweizerkäse	1.40

Matjes-Fering, 3 Stück 35 Pf.

Carl
Fröling
u. S.

Bad Homburg
Luisenstr. 98 Telefon 961.

Warum in die Ferne schweifen,
Sich, das Gute liegt so nah!
Auch in Homburg kaufen Sie erst!
Markenfahräder im

Fahrradhaus Röder

Saingasse 13

mit Fabrikgarantie in bequemer Ratenzahlung
Ersatzteile, Reparaturen, Gummi
Lassen Sie sich unverbindlich die neuesten
Modelle zeigen.

Verantwortlicher Redakteur: Kurt Böcke Bad Homburg.